

Annika D'Avis

Demokratie und Abwertung

Die Delegitimierung unterer Schichten
in politischen Theorien des 19. Jahrhunderts

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Politikwissenschaft

Wissenschaftliche Beiträge
aus dem Tectum Verlag

Reihe Politikwissenschaft
Band 111

Annika D'Avis

Demokratie und Abwertung

Die Delegitimierung unterer Schichten
in politischen Theorien des 19. Jahrhunderts

Tectum Verlag

Annika D'Avis
Demokratie und Abwertung
Die Delegitimierung unterer Schichten
in politischen Theorien des 19. Jahrhunderts

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag
Reihe: Politikwissenschaft; Bd. 111

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2026
ISBN 978-3-68900-640-2
ePDF 978-3-68900-641-9
ISSN 1861-7840

Zugl. Diss.: Philipps-Universität Marburg, 2025

Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

I. Demokratie, Abwertung und Zivilisation	1
1. Abwertung und soziale Konflikte	6
2. Abwertung und der Zivilisationsdiskurs	14
3. Methodik und Gliederung	27
II. Alexis de Tocqueville: Ambivalenzen der liberalen Demokratie	39
1. Tocquevilles Hoffnung auf die Erziehbarkeit unterer Schichten	42
1.1 Tocquevilles zivilisatorisches Stufenmodell der Demokratie	43
1.2 Tocquevilles ambivalente Perspektive auf die Demokratiefähigkeit unterer Schichten	50
1.3 Das Erziehungsnarrativ: Paternalistische Erziehung als Tocquevilles Hoffnungsträger	55
2. Tocquevilles Sorge um die Demokratieunfähigkeit unterer Schichten	62
2.1 Gleichheit ohne Freiheit? Tocquevilles Warnung vor der totalisierenden Tendenz demokratischer Gesellschaften	64
2.2 Die sozialen Folgen der Gleichheitsidee: Tocqueville über den Bedürfniswandel in demokratischen Gesellschaften	69
2.3 Despotismus durch Gleichheit? Tocquevilles Kritik an Zentralismus und Sozialismus	74
III. John Stuart Mill: Abwertung im Fortschrittsdenken	87
1. Die Abwertung unterer Schichten in Mills Demokratietheorie als zivilisatorische Antithese	89
1.1 Die unteren Schichten im Spannungsverhältnis zu Mills Zivilisationsbegriff	95
1.2 Zwischen Bevormundung und Bildung: Die politische Zivilisierung der unteren Schichten in Mills Theorie	99

Inhalt

2.	Zivilisierung und Delegitimierung in Mills Demokratiekonzept	106
2.1	Eliten als Erzieher: Die paternalistische Ordnung in Mills Demokratiekonzeption	108
2.2	Disziplinierung durch Arbeit: Zur zivilisatorischen Funktion von Erwerbsarbeit bei John Stuart Mill	115
IV.	Julius Fröbel: Kontrollbedürftigkeit und Kulturpessimismus	127
1.	Progressiver Zivilisierungsoptimismus in Fröbels »sittlicher« Demokratie	130
1.1	Fröbels Verständnis von Demokratie, Zivilisation und Sittlichkeit	131
1.2	Soziale und zivilisatorische Differenz: Fröbels Konzeption der Unsittlichkeit unterer Schichten	138
1.3	Fröbels Konzept der Erziehung und Zivilisierung »roher« Schichten	143
2.	Zwischen Erziehung und Elitenherrschaft: Fröbels »aristokratische« Demokratie als zivilisatorische Notwendigkeit	152
2.1	Ungleichheit in der »aristokratischen« Demokratie: Fröbels Pessimismus gegenüber politischen Forderungen von <i>unten</i>	152
2.2	Disziplinierung durch Arbeit: Fröbels Kontrolle der »rohen« Schichten	165
V.	Gustave Le Bon: Elitenkonkurrenz in der Massendemokratie	173
1.	Das Massekonzept zwischen sozialer Determinante und Zivilisationsverständnis	175
1.1	Die abstrakte Abwertungsebene und soziale Determination von Le Bons Massenarrativ	177
1.2	Le Bons Postulat der unteren Schichten als unfähig zur demokratischen Selbstbestimmung	185
2.	Le Bons Konzeption von <i>richtigen</i> und <i>falschen</i> Eliten als demokratische Anführer	196
2.1	Die theoretische Dichotomisierung der revolutionären Masse und des »wahren Volkes«	197
2.2	Le Bons Postulat der begrenzten Erziehbarkeit unterer Schichten	205

Inhalt

VI. Das Erziehungs- und Kontroll-Narrativ in modernen politischen Theorien	213
1. Massenpsychologie und Kontroll-Narrativ im frühen 20. Jahrhundert	214
2. Elitenkonkurrenz und Erziehungsnarrativ im 20. und 21. Jahrhundert	224
VII. Fazit	235
Literatur	245

I. Demokratie, Abwertung und Zivilisation

Demokratie ist und bleibt umkämpft. Um den Begriff sowie die konkreten Institutionen der Demokratie besteht eine stete, bis heute andauernde und kontrovers geführte Aushandlung (Pickel/Pickel 2022). Besonders umkämpft ist dabei seit jeher, wer als legitimer Teil des Demos aktiv an der politischen Selbstbestimmung mitwirken kann, darf und sollte. Wessen Stimme im öffentlichen Diskurs Gehör findet und wer seine Positionen in die politische Arena einbringen kann und darf, ist seit der Entwicklung von demokratischen Systemen immer wieder hinterfragt worden – und immer wieder gab es unterschiedliche Antworten auf diese Fragen.

Denn welche Fähigkeiten und Charakterzüge notwendig sind, um als demokratiefähig zu gelten, hat sich historisch vielfach gewandelt. Seit der Entstehung erster Wahldemokratien in Europa und Amerika besteht Konsens darüber, dass Bürger:innen in diesem anspruchsvollen System eines gewissen Grades der Bildung und Rationalität bedürfen, um sinnstiftend teilhaben zu können. Die Definition von Rationalität und des konkreten Bildungsgrads fielen hingegen höchst unterschiedlich aus. Darüber hinaus existieren noch weitere, sehr variable Merkmale und Charakterzüge, anhand derer Demokratiefähigkeit definiert wird. Das Geschlecht oder Alter beispielsweise galt und gilt noch heute als Indikator für politische Befähigung, während im 19. Jahrhundert vor allem auch Besitz- und Eigentumsverhältnisse relevant waren. Lange assoziierte man einen niedrigen ökonomischen Status und ökonomische Abhängigkeit als Merkmal für politische Unmündigkeit, weshalb Arbeiter:innen Teilhaberechte verwehrt blieben (Bajohr 2014: 68).

Allein diese kurze Auflistung zeigt, dass nicht alle Bevölkerungsteile Anerkennung als freie und gleiche Bürger:innen unmittelbar erhielten, sondern sie sich politische Emanzipation erst erkämpfen mussten. Politische Teilhabe- und Freiheitsrechte sind also konflikthaft verhandelte Rechte. Damals wie heute findet in Demokratien ein stetes Ringen und eine stete (Neu)Verhandlung von unterschiedlichen Gruppen um Anerkennung als politisch Gleiche statt (Barber 1984: 222–223). Demokratie ist daher von einer »strukturellen Konflikthaftigkeit« gekennzeichnet, durch die im historischen Prozess der Demokratisierung Teilhaberechte nicht nur sukzessive ausgeweitet, sondern für spezifische Gruppen in konkreten Kontexten auch begrenzt oder beschränkt wurden (Lessenich 2019: 14–17). Demokratiegeschichte kann aufgrund dieser inhärenten Konflikthaftigkeit nicht als eine lineare Fortschrittsgeschichte hin zu einem idealen Punkt gelten, sondern ist je nach historischem und sozio-kulturellem Kontext als höchst variabel zu betrachten (Macpherson 1983: 34–35).

Vor allem liberale Narrative zeichnen jedoch das Bild, Demokratie sei das sich sukzessive entwickelnde Ziel eines linearen zivilisatorischen Prozesses (Fukuyama 2006). Die liberale Perspektive erachtet ein gewisses institutionelles Setting sowie spezifische Merkmale und Charakterzüge als alleiniges zivilisatorisches und demokratisches Ziel, welches es gegen jegliche Kritik zu verteidigen gelte (Pinker 2018). Von diesem Bild abweichende Entwicklungen stilisieren liberale Vertreter:innen dabei schnell als »sündige[n] Abfall vom Paradies demokratischer Zustände, das es per Implikation zuvor anscheinend gab«, wie Rainer Forst (2022: 2) kritisch anmerkt. Jegliche Kritik oder Abweichung von diesem künstlich fixierten Status quo erscheint dann als zivilisatorische Fehlleistung. Gerade in der aktuellen wissenschaftlichen Debatte entsteht eine Spannung zwischen der Erwartung, dass auf der einen Seite Fortschritt und Demokratie Hand in Hand gehen und auf der anderen Seite dem immer prominenter werden den Attest einer ›Krise der Demokratie‹¹ als regressives Moment². Ursächlich liegt diese Sorge von Intellektuellen, wie die vorliegende Arbeit zeigt,

1 Die Anfänge der Debatte um die ›Krise der Demokratie‹ bilden die Publikationen von bspw. Blühdorn 2013, Crouch 2005, Levitsky/Ziblatt 2018 oder Merkel 2015.

2 Eine intensive Auseinandersetzung mit der aktuellen Debatte um Regression und Fortschritt führen Rahel Jaeggi (2023) und Peter Niesen (2023).

in der Verknüpfung von Demokratie und Zivilisation. Besondere Intensität erhält das Attest des ›Endes‹ der Demokratie in Zeiten einer generellen Tendenz zu Endzeitstimmung, welche – beruhend auf der Wahrnehmung multipler Krisen – mit einem Unbehagen gegenüber der Zukunft eines linearen Zivilisationsverständnis einhergeht (Jakob 2023).

Neben externen Gefährdungen durch Klimakrise und Kriege, speist sich die Sorge um einen Zerfall oder Niedergang von Demokratien primär aus dem Attest einer Gefährdung der Demokratie von *innen* heraus und sieht hierfür die Unzulänglichkeiten von Bürger:innen als ursächlich an. Armin Schäfer und Michael Zürn (2021: 195–196) heben bereits kritisch hervor, dass »einem Teil der Bürger:innen die Eignung für die moderne Demokratie in einer globalisierten und komplexen Welt abgesprochen« werde. Unterschiedliche Autor:innen begründen die mangelnde demokratische Befähigung damit, dass Bürger:innen durch Populisten und Autoritäre verführt (Applebaum 2020), durch Algorithmen und Filterblasen jeglicher Gemeinwohlperspektive beraubt (D’Ancona 2017) oder schlicht zu ungebildet für Politik seien (Brennan 2017). Nicht wenige Publikationen attestieren Bürger:innen folglich charakterliche und kognitive Mängel, die sie als adäquate Teilhabende des Demos disqualifizierten. In diesem Kontext konstatierten auch liberale Vertreter:innen, dass Bürger:innen immer häufiger von den demokratischen Grundwerten abrücken³ (Küpper/Zick 2024) oder gar einen Hang zur Despotie aufwiesen, was sich insbesondere entlang der hohen Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien, wie beispielsweise zur Alternative für Deutschland (AfD), in ostdeutschen Bundesländern zeige (Geipel 2019). Vor dem Hintergrund der expandierten Partizipationschancen moderner Demokratien zeige sich die attestierte demokratische Unzulänglichkeit weiter Teile der Bevölkerung als zunehmend problematisch. Ist die Demokratie demokratischer als jemals zuvor, aber die Teilnehmenden hierfür nicht ausreichend befähigt, kann aus unterschiedlichen Perspektiven der Eindruck entstehen, als ob »der Demokratie vor allem von der Demokratie Gefahr zu drohen scheint« (Manow 2020: 13–15). Grundsätzlich eröffnet die Debatte die Fra-

3 Klaus Dörre (2018) widmete sich schon vor längerer Zeit dem Phänomen der »Arbeiterbewegung von rechts«.

ge danach, inwiefern durch die politische Teilnahme scheinbar nicht ausreichend demokratiefähiger Gruppen eine Systemgefährdung bestehe, der es präventiv entgegen zu wirken gelte. In diesem Zusammenhang setzen viele Autor:innen entweder auf die schrittweise Demokratiefähigung von Bürger:innen, wobei häufig das Stichwort politische Bildung fällt, oder sie fürchten, dass es hierfür zu spät ist und der zivilisatorische Zerfall von Demokratie bevorstehe, wenn nicht Technokraten oder Eliten die politische Lenkung übernehmen (Manow 2020: 17–18).

Das Postulat der Demokratieunfähigkeit bzw. demokratischen Unzulänglichkeit trifft dabei besonders häufig untere Schichten, denn sie gelten aufgrund ihrer sozialen Stellung sowie des zumeist geringeren Bildungsniveaus als von der Demokratie entfremdete bis demokratiefeindliche Gesellschaftsteile (Schäfer/Zürn 2021: 126). Diverse Publikationen denken die Gefährdung der Demokratie von *innen* heraus häufig als eine Gefährdung der Demokratie von *unten* heraus. Die Frage, ob *die da unten* überhaupt in der Lage sind, als politisch Gleiche zu gelten, prägt daher die aktuelle Debatte um die ›Krise‹ der Demokratie. Bereits historisch gesehen galten lange Zeit untere und arbeitende Schichten als unzureichend qualifiziert und charakterlich unzulänglich, um Teil des aktiven und wahlberechtigten Demos zu sein (Thorne 1997: 241–248). Rein materiell gesehen wurden ökonomisch abhängige oder arme Gesellschaftsteile als unfrei und somit auch unwürdig für politische Freiheiten dargestellt (Losurdo 2014: 184–188). Neben dieser ökonomischen Argumentationsweise eröffnete sich ebenfalls eine kulturelle Debatte, welche untere Schichten als amoralisch, promiskuitiv, würdelos, kriminell, ›primitiv‹ oder ungebildet abwertete und sie entlang dieser zugeschriebenen habituellen und kulturellen Mängel gleichsam als ungeeignet für die Teilhabe in einer demokratischen Öffentlichkeit darstellte (Wimmer 2021: 14–18). Auch wenn die kontextuellen Rahmenbedingungen sowie Zuschreibungen sich historisch unterschiedlich gestalten, findet sich eine ähnliche Abwertungslogik auch in der aktuellen Debatte, in der Manow (2020) bereits vor einer theoretischen Rekonstruktion eines modernen ›Pöbels‹ warnt.

Das Volk ist wieder der ›große Lämmel‹, hässlich in seiner Überge-
wichtigkeit, geschmacklos in seinen Jogging-Anzügen, ungezügelt

in Gelüsten wie Alkohol- und Zigarettenkonsum, dazu politisch volatil und zu autoritären Lösungen [...] neigend. (Priester 2012: 17)

Es kann daher festgehalten werden, *dass* untere Schichten in der aktuellen Debatte (Manow 2020) und in der Geschichte der Demokratie als nicht-repräsentierbar und nicht-demokratiefähig abgewertet wurden (McClelland 1989: 329–330). Wie nachfolgend dargelegt, ist jedoch noch nicht umfassend erschlossen, *wie* genau diese Abwertung argumentativ ausgestaltet ist. Die vorliegende Arbeit untersucht daher, mit welchen Argumenten, Sprachbildern, Topoi und Narrativen der ›Pöbel‹, also die unteren Schichten von Armen, Arbeitslosen, Bauern und Arbeiter:innen, im 19. Jahrhundert in politischen Theorien delegitimiert wurden. Diese Aufarbeitung der Ideengeschichte der formativen Phase von liberalen Demokratien erscheint vor dem Hintergrund aktueller Debatten notwendig, um mit einem Blick in das Argumentationsrepertoire politischer Theorien darzulegen, welche problematische Implikationen die Delegitimierung gewisser Gesellschaftsgruppen auch heute noch mit sich bringt.

Auf Grundlage dieser Annahmen fragt die vorliegende Analyse konkret, wie genau sich die Abwertung unterer Schichten in liberalen Demokratietheorien im 19. Jahrhundert ausgestaltete. Wie die Analyse verdeutlicht, greifen politische Theorien liberaler Demokratien im 19. Jahrhundert einen sehr spezifischen Argumentationsrahmen zur negativen Deskription von unteren Schichten auf, der sich primär aus der Mängelzuschreibung als ungebildet, ›wild‹, ›primitiv‹ oder unkultiviert ergibt und dadurch mit einem spezifischen Zivilisationsverständnis korreliert. Die nachfolgende Arbeit zeigt, dass die Verquickung von Demokratie- und Zivilisationsverständnis die Abwertung unterer Gesellschaftsschichten eröffnet, da auch die Autor:innen des 19. Jahrhunderts die Demokratie an einem historisch-zivilisatorischen Wendepunkt sehen und die Sorge um eine demokratische ›Krise‹ betonen. Ziel der Ausarbeitung ist daher auch, durch die Darlegung der argumentativen und sprachlichen Abwertung in historischen Demokratietheorien, ein Problembewusstsein gegenüber aktuellen Debatten um den modernen ›Pöbel‹ zu schaffen, da sich viele historische Argumente in der jüngsten Debatte wiederfinden.

1. Abwertung und soziale Konflikte

Demokratien basieren prinzipiell auf dem Versprechen, dass alle Mitglieder gleichermaßen die jeweilige Gemeinschaft und Politik aktiv mitgestalten können (Jörke 2005: 486–488). Die Anerkennung als Bürger:innen geht mit einer Anerkennung als Gleiche und als Freie einher, unabhängig vom etwaigen sozio-ökonomischen Status⁴, die selbständig über ihr eigenes Schicksal und die Rahmenbedingungen der politischen Gemeinschaft entscheiden können (Bellamy 2008). Die Teilhabe aller ist daher ein Kernelement von Demokratien, wobei jedoch stark umkämpft ist, wie konkret der Demos als *alle* zu definieren ist, da soziale und politische Ungleichheiten hier immer wieder einwirkten (Steinhilper/Zajak/Roose 2019: 331). Ist Demokratie direkt mit der Annahme und dem Versprechen des aktiven Mitwirkens definiert, stellen sich folglich die Fragen, wie sich das zur Selbstregierung berufene Volk zusammensetzt, wer Teil davon ist und welche Definitionskriterien ihm zugrunde liegen (Bellamy 2008: 42–45; Boesch 1964: 60). Liberale Wahldemokratien sind dabei als repräsentative Systeme zu verstehen, die auf der Idee der Volkssouveränität, gleicher Rechte für alle und dem Recht auf freie Selbstentfaltung basieren (Macpherson 1983: 18–22). In diesen Systemen gestaltete sich ein besonders virulenter Diskurs darum, welche Gesellschaftsteile rechtmäßigen Anteil an dem politischen Prozess haben können und welchen Kriterien sie zu entsprechen haben (Bellamy 2008: 12–16). Wie genau das 19. Jahrhundert politische Freiheit und Gleichheit diskutierte und welche Konflikte es dabei argumentativ mitverhandelte, erörtert die vorliegende Arbeit.

Das 19. Jahrhundert bietet dabei einen besonders geeigneten Ausgangspunkt, da hier die Ausweitung des Wahlrechts im Zuge der Demokratisierung in europäischen Ländern im Fokus der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte stand (Hofmann 1974: 10–13). Verschiedenen Bevölkerungsteilen blieb dabei politische Teilhabe und das Wahlrecht versagt, indem man sie als »natural inferiors« und folglich als Ungleiche

4 Demokratie ist dabei auch stets mit dem Wesensmerkmal verbunden, dass neben gleichen politischen Rechten und Freiheiten auch ein Streben nach sozialer Gerechtigkeit einhergehen müsse, ohne das Egalitarismus zur Voraussetzung der Demokratie werde (Boesch 1964: 64).

darstellte. Dieses Postulat traf beispielsweise gewisse Ethnien, Frauen oder sozio-ökonomische Statusgruppen (Bellamy 2008: 12–13). Die vorliegende Ausarbeitung fokussiert sich auf die Debatte um untere Schichten und daher auf sozio-ökonomische Faktoren, da diese das 19. Jahrhundert durch die sozialen, ökonomischen und politischen Umbrüche maßgeblich prägten. Denn die soziale Frage dominierte das 19. Jahrhundert und hing stark mit der Debatte um die konkrete Ausgestaltung der politischen Arena in Demokratien zusammen. Auf der einen Seite eröffnete die Gewährleistung oder zumindest das Versprechen von gleichen Rechten die politische Mitbestimmung aller Schichten und hob die rechtlichen Schranken für den sozialen Aufstieg auf. Auf der anderen Seite brachten die Veränderungen der Industrialisierung und des Bevölkerungswachstums eine wachsende Gruppe von wirtschaftlich, sozial und politisch Marginalisierten hervor. Angesichts frühindustrieller Massenarmut zählten 60–70 % der Bevölkerung zu unteren Schichten und damit Besitzlosen, besitzarmen Kleinbauern und Handwerkern oder Heim- und Fabrikarbeiter:innen. Die prekären Existenzbedingungen behinderten effektiv das Einlösen der Versprechen auf gleiche Teilhaberechte, sodass sich die Kontroverse um die Demokratiefähigkeit der wachsenden Zahl von prekär lebenden Menschen verstärkte und soziale Konflikte auch die politische Debatte beeinflussten (Dubler/König 2014). Dies stellt ein prägnantes Beispiel dafür dar, dass soziale Gesellschafts- und Eigentumsverhältnisse eine direkte Dynamik mit Forderungen nach politischer Freiheit und Gleichheit entwickeln können (Hofmann 1974: 10–13). Im 19. Jahrhundert zeigt sich demnach eindrücklich, dass Beteiligungsrechte wie das Wahlrecht historisch gesehen lange Zeit an die Parameter Besitz gekoppelt waren (Hobsbawm 1992: 82–83) und somit entlang sozio-ökonomischer Determinanten und Schichten verliefen (Steinhilper/Zajak/Roose 2019: 331). Diesem Umstand trägt die vorliegende Ausarbeitung Rechnung, indem sie ihren analytischen Schwerpunkt auf untere Gesellschaftsschichten in der konflikthaften Aushandlung des Demos legt. Die Debatte in dieser Zeit kulminiert in einem zentralen Konflikt zwischen dem Versprechen und Anspruch auf gleiche Teilhabe in den entstehenden Demokratien im 19. Jahrhundert und den realpolitischen Schwierigkeiten, dieses Versprechen auch institutionell einzulösen. Im Kontext dieser Diskussion prüft

die vorliegende Arbeit, welche Rolle argumentativ verhandelte sozio-ökonomische Positionsmarker spielen.

Die vorliegende Arbeit geht daher davon aus, dass Forderungen nach politischen und sozialen Teilhaberechten die Geschichte von liberalen Wahldemokratien kennzeichnen und sich als soziale Konflikte um die Anerkennung als Teil der wahlberechtigten Bürger:innen darstellen. Soziale Konflikte versteht sie als innergesellschaftliche Verteilungs- und Anerkennungskonflikte, in denen sich Forderungen um Status, Macht und Eigentum⁵ entgegen der bis dato etablierten Normen und Einrichtungen artikulieren und damit den Status quo in Frage stellen (Cosser 2009: 65–66, 180–186; Steinhilper/Zajak/Roose 2019: 333). Die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Demokratie, den Forderungen der unteren Schichten sowie der realhistorischen Verwehrung der demokratischen Versprechen speist den Konflikt im 19. Jahrhundert. Ausgetragen wurde er über verschiedene Modi, wozu beispielsweise institutionelle oder rechtliche Zugangsschranken in die politische Ebene für gewisse Bevölkerungsteile gelten. Die vorliegende Arbeit fokussiert sich in diesem Kontext jedoch auf einen spezifischen Modus der Konfliktaustragung, namentlich der Abwertung. Zur Abwehr von Forderungen in diesem Konflikt dient die Abwertung in Form einer negativen Darstellung und damit Delegitimierung von Gruppen. Anders als institutionelle Schranken oder rechtliche Verwehrungen, ist Abwertung eher auf einer sprachlich-argumentativen Ebene angelegt und dient daher meist der Rechtfertigung der Aufrechterhaltung bestehender Strukturen durch Delegitimierung. Die vorliegende Ausarbeitung betrachtet daher den spezifischen Austragungsmodus der Abwertung als ein mögliches Instrument der Konfliktaustragung, da sie neben der institutionellen oder rechtlichen Verwehrung eine Konstante in der Geschichte der Demokratie darstellt, vor allem in der kritischen Betrachtung *von oben* (McCarthy 2009: 42).

Eric Carlton (1996) zum Beispiel betrachtet die Dynamik zwischen Eliten und Volk und identifiziert dabei primär, dass ein grundlegender Blick *nach unten* die politische Ideengeschichte prägt. Ganz ähnlich argu-

5 Demzufolge ist in diesem Konnex auch stets die Frage danach eingebettet, wie viel ökonomischer Reichtum gerechterweise gewisse Gruppen oder Personen besitzen sollen (Neuhäuser 2019).

mentiert auch John McClelland (1989), indem er die Abwertung unterer Schichten als eine fundamentale Funktion der Herrschaftslegitimation sowie der positiven Selbstbeschreibung bürgerlicher Schichten auch in demokratischen Systemen verdeutlicht:

If *we*, the middle class, the literate, the legislators, the voters, the educated, the faithful, the ruling class, the elite, cannot look down on *them*, the proletariat, the peasantry, trouble-makers, the *canaille*, the masses, the herd, the many-too-many, all of them out there, because they are an undifferentiated crowd, a potential mob, while we are not, then we too are part of the danger to the order, culture and progress which previously we had been able to think we defended from *them*. (McClelland 1989: 11; Herv. i. O.)

McClelland skizziert die primäre Funktionsweise der Abwertung entlang verschiedener Modifikationen des Massen-Diskurses, wobei die abgewerteten Vielen stets den idealisierten Wenigen entgegengestellt würden. Jedoch arbeitet McClelland über große Zeiträume hinweg und nimmt daher keine trennscharfe Perspektive für unterschiedliche Schichten ein. Diese Unschärfen ergänzt die vorliegende Arbeit.

Christoph Wimmer (2021) erörtert, dass dem ›Lumpenproletariat‹ – als Dichotomie zur Idealkonstruktion des ›guten Volkes‹ – Mängel in der Denk-, Leben- und Handlungsweise attestiert wurden, auf Grund derer ihnen politische Anerkennung verwehrt blieb. Wimmer verweist demnach bereits auf spezifische Argumentationsstrategien, die zur Abwertung sozialer Gruppen herangezogen wurden, wie beispielsweise dem Othing. Er fokussiert sich mit der Abwertung der als ›Lumpenproletariat‹ gefassten Gruppe allerdings auf einen sehr spezifischen Terminus. Die vorliegende Ausarbeitung geht darüber hinaus und erweitert die Perspektive, indem sie die abwertende Rhetorik und Argumentation gegenüber unteren Schichten in politischen Theorien erarbeitet, anstatt sich nur auf sehr spezifische Begrifflichkeiten bzw. Zuschreibungen zu begrenzen.

Immanuel Wallerstein (2003) geht ebenfalls auf die diskursive Ebene ein, welche die Abwertung unterer Schichten argumentativ untermauert.

Er beschreibt, dass der Liberalismus im 19. Jahrhundert⁶ nicht nur emanzipativ und affirmativ gegenüber Forderungen von *unten* nach politischer Anerkennung agierte, sondern auch mit argumentativer Abwertung und Delegitimierung der als »gefährlich« markierten Schichten arbeite. Je stärker der Ruf nach Gleichheit hallte, desto eher musste definiert werden, wer in die Kategorie der Gleichen und damit aktiven Bürger:innen gehört und wer nicht (Wallerstein 2003: 650–652). Es entwickelte sich folglich eine binäre Unterteilung »of rank, of class, [...] of education«, entlang derer eine diametrale Gegenüberstellung von politisch Gleichen (Demokratiefähige) und politisch Ungleichen (Demokratieunfähige) begründet wurde (Wallerstein 2003: 651–653). Wallerstein hebt die Ambivalenz hervor, dass demokratische Bürgerschaft theoretisch die Emanzipation aller Bevölkerungsteile vorsah und praktisch doch eine selektive Schablone entlang von Zuschreibungen bestehen blieb. Die unteren Schichten wurden demnach als politisch Ungleiche gefasst, sodass ihnen die Anerkennung als legitimer Teil des Demos verwehrt blieb. Auch Richard Bellamy stellt heraus, dass Eliten und bürgerliche Schichten untere und arbeitende Schichten gezielt abwerteten, indem sie ihnen die notwendigen moralischen, kognitiven und physischen Qualitäten für eine legitime demokratische Teilhabe absprachen, wozu zum Beispiel Rationalität, Bildung oder Besitz gehören (Bellamy 2008: 12–13). Wallerstein und Bellamy machen zwar die grundlegende Wirkweise von Abwertung über dichotome Gruppenkonzeptionen deutlich, bleiben dabei jedoch auf einer Metaebene und zeigen nicht, wie konkret Abwertung theoretisiert wurde und welche argumentativen und sprachlichen Ansätze hierbei zum Einsatz kamen.

Diese Lücke füllt die vorliegende Ausarbeitung und blickt darauf, welche Sprach- und Argumentationsmittel konkret genutzt wurden, um untere Schichten als negativ konnotierte Gruppe darzustellen. Damit folgt die Analyse der sozialen Konfliktforschung, welche beschreibt, dass in Konflikten Forderungen abgeblockt werden können, indem die Fordernden selbst mit delegitimierenden und negativen Konnotationen besetzt werden. Je divergenter und negativer die diskursive Fassung ist, desto effek-

6 Für eine detaillierte Erörterung der Entstehung des Liberalismus im 19. Jahrhundert, siehe Göhler (2002).

tiver gestaltet sich die Abwehr ihrer Forderungen (Coser 2009: 40–42, 166–169). Soziale Forderungen können demnach über die Abwertung der fordernden Gruppe entkräftet werden, indem sie eine Darstellung als mangelbehaftete und illegitime Gesellschaftsteile erfahren (Gingrich 2011). Delegitimierung auf politischer Ebene gelingt dabei über eine negative sprachliche Charakterisierung und Abwertung von sozialen Gruppen. Sie bedarf nicht zwingend einer tatsächlich institutionell durchgesetzten Beschneidung von Rechten oder der juristischen Blockade von Partizipation (Lederman 2022: 927–928). Bereits diskursive Delegitimierung kann demnach politische Teilhabe und Anrechte erschweren bis verunmöglichen. Daher fokussiert sich die Analyse darauf, solche Argumentationen und deren sprachliche Ausgestaltung gegenüber unteren Bevölkerungsschichten exemplarisch herauszuarbeiten, um so die konkrete theoretische Abwehr von realhistorisch relevanten Forderungen von *unten* nach politischer Teilhabe zeigen zu können.

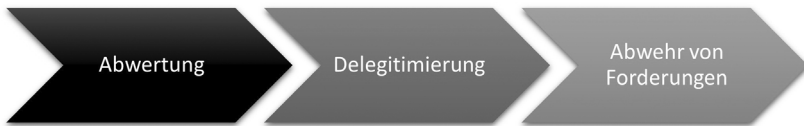


Abbildung 1: Abwertung und Delegitimierung

Die vorgenommene Analyse konzentriert sich auf die Wirkweise der sprachlichen und diskursiven Abwertung zur Delegitimierung von unteren Schichten in politischen Theorien des 19. Jahrhunderts. Sie blickt damit auf argumentative Strategien, Narrative, Sprachmittel, Wissensformationen und Annahmen, welche die Abwertung fundieren. Einen Diskurs versteht sie dabei als eine Gesamtheit konkreter inhaltlicher Aussagen und einem dazugehörigen Regelwerk, welche das Sprechen sowie die thematisierten Phänomene normieren, sodass sie spezifische Aussage- und Wahrheitsbedingungen schaffen (Foucault 2019: 31–32). Diskurse vereinen demnach Wissen, Sprache und Praxis, denn Wissen ergibt sich erst aus einer Sprache, die in soziale Praktiken und deren Bedingungen eingebettet ist. Durch diese enge Verbindung schaffen Diskurse Wahrheiten und Fakten, die sich als Wissensformationen als Teil einer diskursiven

Verhandlung von Subjekten, Gruppen, Settings und Ereignissen darstellen (Hall 1992: 293–295).

Basierend auf diesen Annahmen sind diskursive Formationen zu gewissen Gruppen und Phänomenen als alltägliche Klassifizierungssysteme zu verstehen, welche das Denken, Handeln und Sprechen in und über Gesellschaften anleiten. Daher sind Diskurse stets in bestehende Sozialstrukturen und Machtsysteme eingelassen bzw. spiegeln diese wider. In ihrer Funktion als die Realität spiegelndes und gleichzeitig formierendes Element können Diskursbestandteile nicht nur Identitäten bestimmen, sondern auch Hierarchien, Machtverhältnisse und materielle Verteilungen beschreiben sowie perpetuieren (Dreyfus/Rabinow 1987: 275). Sprache und Denkmuster spiegeln folglich nicht nur die Realität, sondern formen diese gleichzeitig auch, weshalb sich insbesondere ein enges Zusammenspiel von *perception* und *policy* zeigt, sodass die sprachliche und argumentative Beschreibung von Menschen oder Gruppen folglich ihr politisches Standing maßgeblich beeinflusst (Carlton 1996: 86–89).

Als problematisch stellen sich Wissens- und Sprachsysteme dann dar, wenn sie in negativer Konnotation zur abwertenden Beschreibung von Gruppen und Phänomenen herangezogen werden (Thomas-Olalde/Velho 2011: 38–39). Die vorliegende Analyse fokussiert sich demnach auf die problematischen Implikationen der negativen sprachlichen und argumentativen Beschreibung unterer Schichten in den sozialen und politischen Konflikten des 19. Jahrhunderts. Solchermaßen abgewertete Gruppen stellen keine rein empirische Größe oder soziale Wirklichkeit dar, sondern basieren »auf historisch spezifischen Zuschreibungen und Klassifikationen durch den herrschenden Diskurs« und damit verhandelten Gruppenkonzeptionen, deren abwertende Zuschreibung jedoch objektiviert wird (Wimmer 2021: 18). Auch deshalb greift die vorliegende Ausarbeitung auf den Begriff der Schichten zurück, denn dieser fungiert als zentrale diskursive Figur, die mit unterschiedlichen negativen Attributen belegt werden kann, ohne dabei diesen zwingend in der Realität zu entsprechen. Entlang einer soziologisch unscharfen Beschreibung, basierend auf Simplifikationen sowie Überzeichnungen, werden heterogene Gruppen zu einer scheinbar homogenen Randposition der Gesellschaft abgewertet, welche in erster Linie mit moralischen Kategorien und sozialen Negativmerkma-

len aufgeladen ist (Hobrack 2024). Abwertung gelingt dabei, wie in Abbildung 1 verdeutlicht, indem die Gruppen als Abweichung von der Norm Beschreibung erfahren: Je divergenter und negativer die jeweiligen Gruppen beschrieben werden, als desto homogener und essentialistischer gelten sie und desto stärker fällt ihre Abwertung auch politisch und sozial ins Gewicht. Abwertung gelingt, indem soziale Gruppen über Denkfiguren, Wissens Elemente und Sprachmittel möglichst negativ beschrieben werden und als Verkörperung von unerwünschten Verhaltens- und Denkweisen sowie Eigenschaften gelten (Cooper/Stoler 1997: 18–24).

Besonderes Augenmerk muss dabei auf jener Gruppe liegen, der eine besondere Deutungshoheit in diesem Konfliktsetting zukommt und die maßgeblich die sprachliche Fassung unterer Schichten bestimmt: Politische Intellektuelle verwandeln Interessenkonflikte durch ihre objektivierende Verarbeitung in Ideenkonflikte (Cosser 2009: 140–143). Indem Intellektuelle als wahr geltende Wissens- und Sprachsysteme konzipieren, trägt ihre Beschreibung von Bevölkerungsschichten maßgeblich zu deren *perception* und demnach auch der *policy* ihnen gegenüber bei. Auf Grund dieser besonderen Rolle von politischen Intellektuellen betrachtet die vorliegende Analyse vormerklich ihre Beschreibung von und Argumentation gegenüber unteren Schichten. Sie möchte dabei herausstellen, inwiefern politische Theoretiker:innen auf den Modus der Abwertung zurückgreifen, um als wirkmächtige Diskursakteure untere Schichten politisch zu delegitimieren und welche Sprachmittel, Argumente und Narrative hierbei zum Einsatz kommen. Bei dieser Frage nach dem *Wie* der Abwertung spielt, so die These, eine verwobene Theoretisierung von Demokratie und Zivilisation und die Annahme, dass Demokratie als Zielpunkt zivilisatorischer Entwicklung zu verstehen sei, eine entscheidende Rolle. Die vorliegende Arbeit fokussiert sich folglich auf den Abwertungstopos der Zivilisation und welche Rolle dieser in einer Wechselbeziehung mit Demokratie einnimmt. Gleichwohl erkennt die Ausarbeitung an, dass es weitere Abwertungsmodi und -topoi gibt, beispielsweise über gewisse Stereotypen, Othing oder anderen Metaerzählungen (Rüb 2018; Fairclough 2013). Diese Varianten sollen an dieser Stelle nicht ausgeklammert oder als irrelevant gelten, sondern stehen in der vorliegenden Arbeit nicht im Vordergrund. Als Arbeitsthese formuliert die vorliegende Analyse folglich, dass untere

Schichten über Denkfiguren und Wissens Elemente des Zivilisationsdiskurses in Demokratietheorien abgewertet wurden, da im 19. Jahrhundert für die Abwertung in politischen Theorien ein lineares Demokratie- und Zivilisationsverständnis besonders prägend ist.

2. Abwertung und der Zivilisationsdiskurs

Der Diskurs um Zivilisation stellt im 19. Jahrhundert eine zentrale Debatte dar, insbesondere vor dem Hintergrund von Kolonialismus und Imperialismus⁷. Seit die schottische Aufklärung die Geschichtsschreibung als Abfolge von Entwicklungsstufen von ›barbarisch‹ bis zivilisiert deklariert, besteht ein Maßstab zur internen und externen Vergleichbarkeit in Abstufungen, sodass sich Zivilisation zumeist als Abkehr vom ursprünglichen Naturzustand konzipiert (Osterhammel 2005: 382–386). Im 18. und 19. Jahrhundert transformiert sich der Begriff Zivilisation zu einem Verständnis von Geschichte als ein Fortschrittsprozess hin zur Verfeinerung, Kultivierung und Vervollkommnung über diverse Entwicklungsstadien. Zivilisierung beschreibt dabei die Entwicklung von Gesellschaften hinsichtlich ihrer ökonomischen Produktivität, ihrer politischen Institutionen sowie sozio-kulturellen Lebensformen von ›primitiven‹ Verhältnissen über den menschlichen Evolutionsfortschritt hin zu zivilisierten Nationen (König 1992: 10–13). Das Konzept der Zivilisation wurde dabei in zweierlei Formen in Debatten aufgegriffen.

Zum einen (1) diente es zur positiven und superioren Selbstbeschreibung des Westens⁸ entgegen anderen Kulturen und Gesellschaften, die

7 Kolonialismus und Imperialismus sind zwei miteinander verwobene Begriffe. Als gemeinsames Merkmal stellen sie Formen der Beherrschung und Ausbeutung der ›Peripherie‹ durch das ›Zentrum‹ dar, egal ob dies durch Siedler, private Handelsunternehmen oder Regierungen geschieht. Kolonialismus ist daher inhärent mit einem imperialen Bestreben verwickelt. Neokolonialismus und Neoimperialismus beschreiben die Tatsache, dass obwohl ehemalige Kolonien formal unabhängig sind, weiterhin Abhängigkeitsbeziehungen zu dem ehemaligen ›Zentrum‹ bestehen, entweder durch politische, ökonomische oder kulturelle Verflechtungen (McCarthy 2009: 2–4).

8 Unter dem Begriff westlich oder dem Westen versteht die vorliegende Arbeit die Industriestaaten Westeuropas und Nordamerikas, welche sich im 19. und frühen 20. Jahr-

wiederum als subordiniert und nicht-zivilisiert abgewertet wurden⁹. Zivilisation dient in dieser Funktion als evaluatives Konzept zur positiven Abgrenzung nach *außen* und häufig der Legitimierung von kolonialen Projekten. Durch den ethnologischen Vergleich galten Gesellschaften, die nicht den europäischen Vorannahmen sowie Anforderungen entsprachen, als ›Barbaren‹, ›Wilde‹ und ›Unzivilisierte‹¹⁰ (Carlton 1996: 95–103). Insbesondere kolonialisierte Subjekte wurden häufig als Antithese zu zivilisierten und westlichen Subjekten gefasst und darüber als ›unzivilisiert‹ oder ›primitiv‹ abgewertet¹¹, wobei diese Abwertung stets mit ihrer politischen Marginalisierung sowie Beherrschung einherging. Innerhalb des Denkens um Zivilisation nimmt der sogenannte ›Barbarei‹-Diskurs¹² somit die Funktion ein, wertende Urteile zu transportieren und

hundert als Großmächte herauskristallierten, auch mittels ihrer kolonialen Vergangenheit (Schmidt 2010: 899).

- 9 Den Ausgangspunkt des Begriffs Zivilisation stellt der Terminus *civis* oder Bürger dar, welcher als *civilitas* die Lenkung des Gemeinwesens einer Stadt und deren Bürgerschaft beschrieb. Auf diese Weise erhielt der Begriff eine politische Komponente und definierte den Menschen als Gemeinschaftswesen. Ein zivilisiertes Leben ist demnach ein Leben in einer politischen Gemeinschaft und einem bürgerlichen Zustand, sodass *civilitas* zu einem wohlgeordneten Gemeinwesen und Lebensweise aufruft. Als Adjektiv *civilis* setzt der Terminus eine Binnendifferenzierung zwischen ›Wilden‹, ›Barbaren‹ und ›Unzivilisierten‹ entgegen Zivilisierten (Fisch 1992: 688–696).
- 10 Begriffe wie ›unzivilisiert‹, ›primitiv‹ oder ähnliche Beschreibungstermini versteht die vorliegende Analyse als negativ wertende Zuschreibung, die in ihrer Funktion als Abwertungsdifferenzierung zu kritisieren sind und die daher entsprechend durch das Setzen von Anführungszeichen in der nachfolgenden Analyse problematisiert werden.
- 11 McCarthy (2009) hält bereits fest, dass Wissenselemente von kolonialen und imperialen Bestrebungen das begriffliche sowie ideelle Cluster um Zivilisation stets beeinflusst haben. Daher sei auch heute noch eine kritische Reflexion notwendig, sobald auf die Konzeption der Zivilisation zurückgegriffen wird. Wichtig ist hier jedoch der Hinweis, dass Begriffe wie Zivilisation nicht per se gut oder schlecht, sondern immer ambivalente Begriffe sind, die stetig dekonstruiert und rekonstruiert werden müssen (McCarthy 2009: 18–19). Auch wenn die vorliegende Arbeit nach Abwertungsargumentationen durch ein spezifisches Zivilisationsverständnis fragt, legt sie ihrer Analyse keine grundlegende Verwerfung des Begriffs Zivilisation zu Grunde, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit diesem.
- 12 Im Zuge des Kolonialismus ab dem 16. Jahrhundert verschob sich die begriffliche Verwendung von ›Barbarei‹ hin zu ›Wildheit‹, sodass ›Barbarei‹ als ursprünglicher Begriff gelten kann (Eberl 2021: 32).

über die Schaffung einer asymmetrischen Gegenbegrifflichkeit zur positiven Selbstbeschreibung beizutragen. All dies diente der Rechtfertigung der europäischen Expansion und der politischen Beherrschung anderer Gesellschaften¹³ (Koselleck 2006; Sattler 1964). Entlang von Stereotypen und negativen Bezeichnungen wurden außereuropäischen Gesellschaften Mängel zugeschrieben und entgegen dieser Wahrnehmung kristallisierte sich das europäische Selbstbild als ›zivilisiert‹ heraus, auch innerhalb politischer Theorien (Eberl 2021: 32–34). Damit diente das Zivilisationskonzept auf kolonialer Ebene zumeist zur abwertenden Abgrenzung gewisser Ethnien (Hechter 1975).

Die vorliegende Analyse geht in ihrer Hauptthese nunmehr davon aus, dass zum anderen (2) die breite Erzählung von Zivilisation auch auf innergesellschaftlicher Ebene Anwendung fand. McCarthy (2009) stellt dabei prinzipiell heraus, dass das Konzept Zivilisation im 19. Jahrhundert zunehmend als theoretisches Cluster aus Fortschritt, sozialer Evolution, ökonomischem Wachstum und Modernisierung das Selbstverständnis des Westens auch nach *innen* hinein fundierte. Erst wenn Gesellschaften von *innen* als zivilisiert gelten, können sie legitimerweise den Anspruch auf Beherrschung von ›unzivilisierten‹ Gesellschaften nach *außen* erheben. In diesem Kontext definiert sich Zivilisation als eine sozialphilosophisch-normative Idee von Kultur, deren Ziel die Etablierung einer dafür adäquaten Gesellschaftsordnung mit entsprechenden ethischen, rechtlichen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen bildet. Die Entwicklung moderner Demokratien war insofern in dieses Zivilisationsverständnis eingelassen, indem Demokratie als politische Manifestation der letzten Entwicklungsstufe im menschlichen Zivilisationsprozess galt (König 1992: 10–13). Das Selbstverständnis als zivilisierte Nation begleitet demnach das Selbstverständnis als Demokratie und korreliert mit sehr spezifischen moralischen, organisatorischen, kognitiven und institutionellen Qualitäten bzw. Settings, die es auf innergesellschaftlicher Ebene zu erreichen gilt (Osterhammel 2005: 387–390). Zivilisation auf dieser normativen Ebene beschreibt als oberstes Ziel die Erreichung einer als

13 Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem ›Barbarei‹-Diskurs in der schottischen Philosophie, siehe die Monographie von Oliver Eberl (2021: 365–387).

gelungen definierten sozialen Existenz von Gesellschaften und fungiert als Ideal im Singular¹⁴ geschichtstranszendent (Schröder 2005: 22–26). Ein lineares Zivilisationsverständnis, in dem Demokratie ein zu erreichendes Endstadium darstellt, steht daher nicht nur mit der kolonialen Beherrschung anderer Gesellschaften in Zusammenhang, sondern auch mit der Notwendigkeit der internen zivilisatorischen Vervollkommnung.

Um sich als veritabler Zivilisationsanführer nach *außen* verstehen zu können, mussten sich Gesellschaften daher auch der eigenen Zivilisiertheit nach *innen* versichern¹⁵, wobei genau diese Ebene des Zivilisationsdiskurses sich im 19. Jahrhundert prominent in den entstehenden Demokratien herausstellte (Osterhammel 2005: 391–403). In diesem Zusammenhang weisen einige Publikationen darauf hin, dass auch die binäre Unterteilung in ›Zivilisierte‹ und ›Unzivilisierte‹ auf innergesellschaftlicher Ebene wirksam wurde und sich mit der Debatte um Gleiche und Ungleiche verbog. Einige Forschungen destillieren demnach erste Verdachtsmomente zur Kongruenz von zivilisatorischen Abwertungsnarrativen, die bei kolonialisierten und innergesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen Anwendung fanden. Allerdings bleiben diese Erkenntnisse im Modus nicht vollumfänglich ausformulierter Indizien¹⁶. Genau an dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an und zeigt auf, wie im politiktheoretischen Diskurs die Grenze zwischen kolonialisierten und innergesellschaftlichen ›Unzivilisierten‹ verschwimmt. Inwiefern der verwobene Diskurs von Zivilisation und Demokratie dabei auch das Denken über untere Schichten angeleitet hat, stellt die vorliegende Arbeit dar und spezifiziert, wie der Zivilisationsdiskurs auch auf innergesellschaftlicher Ebene Abwertung sprachlich und argumentativ unterfüttert.

14 Der Terminus von Zivilisationen im Plural beschreibt demgegenüber zumeist eine eher deskriptive Kategorie in der historisch-soziologischen Forschung und umfasst ein größtmögliches Aggregat sozialer Identität (Schröder 2005: 22–26).

15 Hofmann (1974: 8–9) spricht gar davon, dass sich im Zuge des Ziels der sittlichen Vervollkommnung der Menschheit die Idee der »Durchzivilisierung« aller Gesellschaft manifestierte.

16 Synergieeffekte zwischen Diskursen in kolonialen und nationalen Kontexten sind in der Forschung bisher eher randständig verhandelt. Maximal erhalten Kolonien eine gewisse Rolle in der Dynamik der ökonomischen Transformation auf innergesellschaftlicher Ebene der ›Zentren‹ (Thorne 1997).

Reckwitz (2020) arbeitet heraus, dass die moderne bürgerliche Subjektkonstruktion auf binären Gegensatzpaaren beruht, zu denen auch die Distinktion von ›primitiv‹ entgegen ›zivilisiert‹ zählt und die ebenfalls im Falle des Proletariats¹⁷ wirkte. Während demnach bereits festzuhalten ist, dass ein spezifisches Zivilisationsverständnis die moderne Subjektkonstruktion fundiert, bleibt noch zu erörtern, inwiefern sich hieraus gruppenbezogene Abwertungsargumentationen ergeben und wie diese konkret ausgestaltet sind. Diesen Gruppenbezug denkt Domenico Losurdo (2014) bereits mit, indem er die parallele Abwertung von Kolonialiserten und unteren Schichten als eine inhärente Funktion spezifisch liberaler Theorien beschreibt. Auch wenn Losurdo bereits andeutet, dass auch untere Gesellschaftsschichten neben Kolonisierten oder anderen Ethnien mit dem Attest der Zivilisationsbedürftigkeit belegt wurden (Losurdo 2014: 5–7), geht er jedoch primär davon aus, dass diese Abwertung im Argumentationsmodus des Liberalismus selbst begründet liegt und bezieht dabei die Einflüsse anderer Diskurskonfigurationen nicht nachhaltig ein. Die vorliegende Analyse legt diese Annahme tiefer und erarbeitet, dass spezifische Abwertungstopoi nicht nur entlang ideologischer Schattierungen hervortreten, sondern vielmehr die Abwertung entlang eines liberaldemokratischen Modells in einer verwobenen Theoretisierung von Demokratie- und Zivilisationsverständnis begründet liegen.

Neben der Erörterung dieser diskursiven Grundproblematik, gehen unterschiedliche Werke bereits auch auf konkrete Parallelisierungen zwischen unteren Schichten und Kolonisierten ein, da beide Gruppen als ›unzivilisiert‹ charakterisiert würden. Bezugnehmend auf das 19. Jahrhundert zeigt Immanuel Wallerstein (2003), dass Eliten gewisse binäre Abwertungsmodi konzipierten, wobei die wohl älteste Kategorie die der ›Zivilisierten‹ entgegen ›Barbaren‹ sei. Zivilisation als Konzept galt dabei

17 Der Terminus ›Proletariat‹ definiert in kapitalistischen Gesellschaften die dem Bürgertum entgegengesetzte Schicht am unteren Rande der gesellschaftlichen Hierarchie, deren Kern die Industriearbeiterschaft stellt, aber der prinzipiell alle lohnabhängig Beschäftigten zuzuzählen sind (Bajohr 2014: 107). Mitte der 1830er setzt sich der Begriff durch und löst die Termini ›Pöbel‹ und ›Pauperismus‹ ab, grenzt sich in seiner Bedeutung jedoch auch klar von dem im römischen Kontext benutzten *proletariis* ab (Wimmer 2021: 22–25).

als Schlüsselement zur Kontrolle der Massen in Europa, denn während sich die oberen Schichten als Verkörperung der Zivilisation sahen, galten ihnen die unteren Schichten als zivilisatorisch unzulänglich. Auch wenn das Konzept der Zivilisation auf innergesellschaftlicher Ebene anders definiert wurde, diente es zur Abgrenzung von gewissen Gesellschaftsgruppen und damit der Aufrechterhaltung von Privilegien der Mittel- und Oberschicht (Wallerstein 2003: 656). Die Ungleichheit von Menschen galt nicht nur entlang von ethnischer Herkunft, sondern auch entlang von sozialer Herkunft, sodass die Definition von Bürgerschaftskonzepten auf Besitz, sozialer Position und Bildungsgrad basierte (Wallerstein 2003: 673–674). Wallerstein unterstreicht, dass das Zivilisationskonzept auf innergesellschaftlicher Ebene zur Abwertung herangezogen wurde und erläutert auch, welche Definitionsmarker hierbei Anwendung fanden. An dieser Darstellung auf Metaebene knüpft die vorliegende Analyse an und erörtert den theoretischen Unterbau anhand der Verquickung von Demokratie- und Zivilisationsverständnis, der bei der Abwertung unterer Schichten in konkreten Theoriewerken wirksam wird.

Am Beispiel des deutschen Kolonialdiskurses zeigt Schubert (2003), dass die innergesellschaftliche Festsetzung von Zivilisation über Bildung, Besitz und Sitte die Kultivierung von Gesellschaften auch nach *innen* hinein relevant machte: Europäische Staaten übertrugen Logiken der »Kolonialpädagogik« auf die eigene Bevölkerung und versuchten, untere Schichten mittels Arbeit und Bildung zu zivilisieren. Der paternalistische Duktus gegenüber den als »unzivilisiert« markierten Gruppen legitimierte so deren politische und soziale Subordination (Schubert 2003: 123–145). Während Schubert konkrete Wirkweisen der Abwertung über Zivilisation auf innergesellschaftlicher Ebene indikativ herausstellt, fehlt ihm der Blick auf die Verwobenheit von Zivilisations- und Demokratiediskurs als Fundament der Abwertung, den die vorliegende Analyse darstellt.

Die Verbindung von Zivilisation, Demokratie und Abwertung hebt Thorne (1997: 253–254) am Beispiel des britischen Missionsimperialismus hervor und betont dabei, dass Diskurse um Schichten und »Rassen«¹⁸

18 Der Terminus »Rasse« wurde in der Politik vor allem zur Auffassung genutzt, wonach bestimmte ethnische Gruppen oder Völker anderen überlegen seien, sodass sich ein sozialdarwinistisches Politikverständnis bis hin zu Unterdrückung und physischer